

## INHALT

1. Sparkassen- und Giroverband: Provinzial wird nicht verkauft
2. Bildungspolitische Bilanz der Landesregierung gleich Null
3. Bald nur noch Grundschullehrerausbildung in Flensburg?
4. Keine klare Aussage der Landesregierung zur Übertragung der Tarifabschlüsse auf Beamte
5. Landtag fraktionsübergreifend gegen Fracking
6. Neues Tourismuskonzept nicht tragfähig
7. Bericht zum Schloss Gottorf

12.12.2012

### **Sparkassen- und Giroverband: Provinzial wird nicht verkauft Landesregierung hat kein Konzept für Stärkung der Sparkassen**



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdB

In die heutige Landtagsdebatte über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Versicherers Provinzial platzte heute (12. Dezember 2012) die Nachricht, dass die Sparkassen in Schleswig-Holstein als Miteigentümer einen Verkauf der Provinzial Nordwest an einen privaten Konkurrenten wie den Branchenführer Allianz ablehnen. „Damit ist definitiv der Verkauf vom Tisch“, sagte der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Reinhard Boll, am Morgen.

In der aktuellen Stunde des Landtages zu diesem Thema begrüßte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen diese Nachricht. Zunächst soll nun eine mögliche Fusion der Provinzial Nordwest mit der Provinzial Rheinland ausgelotet werden. Diese Handlungsalternative wurde über die

Nordrhein-Westfälische Regierung ins Gespräch gebracht. „Warum eigentlich ist Ministerpräsident Albig nicht auf diese Idee gekommen?“, fragte Callsen. Dieser habe die Provinzial-Mitarbeiter tagelang in Sorge um ihre Arbeitsplätze gelassen, obwohl das Land einen Verkauf hätte verhindern können.

Callsen forderte die Landesregierung auf, schnell zu erklären, wie die angekündigte Verbesserung der Sparkassenlandschaft erreicht werden könne. Vor allem sollte jedoch alles unterlassen werden, was den Sparkassen Handlungsoptionen nehme. Die von der Koalition angekündigte Änderung des Sparkassengesetzes nehme den Sparkassen die Chance, Partner wie die Haspa ins Boot zu holen.

„Wer sagt „Finger weg von der Provinzial“ – dem sage ich „Hände weg vom Sparkassengesetz““, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Die CDU lege Wert auf eine umfassende Analyse und Folgenabschätzung für alle Optionen. „Und wir erwarten von der Landesregierung klare Antworten – spätestens in der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses“, erklärte Callsen.

Bislang habe die Landesregierung dazu keinerlei Lösungsvorschläge vorgelegt. Dies tat sie allerdings auch heute nicht. Im Landtag betonte SPD-Fraktionschef Stegner lediglich, dass Privatisierungen in jedem Fall verhindert werden müssten.

---

### **Bildungspolitische Bilanz der Landesregierung gleich Null CDU fordert mehr Eigenverantwortlichkeit für Schulen**



Heike Franzen, MdL

CDU und FDP haben in einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung aufgefordert, die Wahlfreiheit an Gymnasien über den acht- und/oder neunjährigen Bildungsgang sowie der Form der Differenzierung an Regional- und Gemeinschaftsschulen in der Verantwortung der Schulen zu belassen. Weiter soll die Eigenverantwortlichkeit der Schulen weiter gestärkt werden. Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Schulträger sollen so in der Lage bleiben, pädagogische Entscheidungen über die Unterrichtsgestaltung anhand der örtlichen Gegebenheiten selbst zu gestalten.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen betonte in ihrer heutigen Rede, ausschlaggebend für diese Entscheidungen müssten die Rahmenbedingungen vor Ort sein. Über die Zusammensetzung der Klassen, die Frage, welche Lehrkräfte dort unterrichten und die Bereitstellung schulischer und außerschulischer Hilfsmaßnahmen müssten die

Schulkonferenzen unter Beteiligung der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern und der Schulträger entscheiden.

„Dabei können die Entscheidungen der Schulen durchaus unterschiedlich sein. Das sollten wir ertragen können, wenn sich am Ende herausstellt, dass die Schulen gute Arbeit leisten und unsere Kinder erfolgreich zu ihren Bildungsabschlüssen führen. Keine Studie der Welt kann belegen, dass ausschließlich gemeinsames Lernen unsere Kinder zu besseren Bildungsabschlüssen führt“, betonte Franzen.

Mit der Bildungspolitik der neuen Landesregierung ging die CDU-Abgeordnete hart ins Gericht: Mit der Abschaffung der Regionalschulen nehme die Koalition auch Schulschließungen in Kauf. Die Ministerin habe keine Absenkung der Mindestgrößen für Gemeinschaftsschulen in Aussicht gestellt. Ihre Politik gefährde nicht nur die Standorte von Regionalschulen, sondern natürlich auch die der Gemeinschaftsschulen, die jetzt ebenfalls die notwendige Mindestgröße von 300 Schülerinnen und Schülern nicht erreichen.

„Die bildungspolitische Bilanz dieser Landesregierung ist gleich Null“, so Franzen. Die für kommendes Jahr versprochene Änderung des Kindertagesstättengesetzes zur Sozialstaffel sei bislang nicht auf den Weg gebracht worden. Das noch für 2012 angekündigte Maßnahmenpaket zur Minimierung von Unterrichtsausfall sei ebenfalls nicht vorgelegt worden. Stattdessen sei der Vertretungsfonds im November bereits mit zwei Millionen Euro überzeichnet gewesen.

Franzen: „Von dieser Landesregierung hat es bisher keine einzige bildungspolitische Initiative in diesem Landtag gegeben. Die Regierungsfractionen müssen ihre Bildungsministerin mit Fraktionsanträgen zum Jagen tragen. Bestes Beispiel dafür war die letzte Bildungsausschusssitzung. Die Ministerin kommt mit der Genehmigung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen nicht in die Socken und so müssen sich die Fraktionen darum kümmern. Ein Armutszeugnis für diese Landesregierung und ihre Bildungsministerin.“

Den gemeinsamen Antrag finden Sie unter folgendem Link:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0349.pdf>

---

### **Bald nur noch Grundschullehrerausbildung in Flensburg? Konzept der Lehrerausbildung bedroht Flensburger Universität**

Die heutige (12. Dezember 2012) Beratung über einen Antrag der CDU-Fraktion zum Erhalt der schulartbezogenen Lehrerausbildung erhielt durch einen Bericht des Flensburger Tageblattes zusätzlichen Zündstoff: Danach gibt es an der Flensburger Universität Befürchtungen, dass die von der neuen Landesregierung geplante Aufhebung der schulartbezogenen Lehrerausbildung zu Lasten Flensburg geht.

„Das Konzept der Bildungsministerin zur Einheitslehrerausbildung in Schleswig-Holstein ist zum Scheitern verurteilt“, erklärte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther in der Debatte.

Wenn Prof. Dr. Waltraut Wende ihre Vorstellungen weiter führe, würden in Flensburg bald nur noch Grundschullehrer ausgebildet. Günther warb dafür, dass auch weiterhin das Gymnasiallehramt in Kiel, und eine Ausbildung von Grundschullehrern und Regional- und Gemeinschaftsschullehrern in Flensburg angesiedelt werde.

„Nur so können wir einen dramatischen Schiffsbruch im kommenden Jahr verhindern“, so Günther.

Den Antrag finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0388.pdf>



Daniel Günther, MdL

---

## **Keine klare Aussage der Landesregierung zur Übertragung der Tarifabschlüsse auf Beamte CDU fordert Fortsetzung der Eins zu Eins Übertragung**



Tobias Koch, MdL

In der Diskussion über eine Übertragung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes für das Jahr 2013 hat die neue Landesregierung heute (12. Dezember 2012) eine klare Antwort verweigert. In der Vergangenheit hatte die CDU-geführte Landesregierung die Abschlüsse zeit- und wirkungsgleich übertragen.

Lediglich eine „Nullrunde“ und eine „Kürzung der Beamtenpensionen“ schloss SPD-Fraktionschef Ralf Stegner aus. Einer Frage des CDU-Abgeordneten Tobias Koch, ob eine Erhöhung der Besoldung um lediglich 1 Prozent für die SPD-Fraktion tragbar wäre, wick Stegner allerdings aus.

Koch stellte für die CDU-Fraktion klar: „Unsere Polizisten, Richter, Lehrer, Staatsanwälte, die Beamten in der Steuerverwaltung und die Beamten in den Landesbehörden haben ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits geleistet.“

Um rund 100 Millionen Euro werde der Landeshaushalt seit 2007 Jahr für Jahr durch Kürzungen der Sonderzuwendungen, wie dem Weihnachtsgeld, entlastet. Mit dem Verlust von bis zu einem Monatsgehalt leisteten die Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer, wie kein anderer Teil der Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Hinzu kämen Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung.

„All diese Maßnahmen waren für die Sanierung des Landeshaushaltes gleichwohl notwendig und es besteht leider auch kein Spielraum, um diese Entscheidungen rückgängig zu machen“, so Koch.

Der CDU-Finanzexperte wies darauf hin, dass die Landesregierung die gesetzliche Kreditobergrenze bis an den Anschlag ausschöpfe und dabei lediglich 1,5 Prozent für Tarif- und Besoldungserhöhungen einplane. Damit werde jede Tariferhöhung von mehr als 1,5 Prozent für die Angestellten zwangsläufig zu Lasten der Beamten gehen.

---

### **Landtag fraktionsübergreifend gegen Fracking** **Gemeinsamer Antrag fordert Verbot der umstrittenen Erschließungspraxis**



Heiner Rickers, MdL

Anfang November wurden Pläne von Bohrfirmen bekannt, beim zuständigen Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld die Suche nach Erdöl und Erdgas zu beantragen – mit dem logischen Ziel, diese irgendwann zu fördern. Dabei stehen Lagerstätten im Fokus, bei deren Abbau verstärkt umwelttoxische Substanzen erforderlich sein könnten. Dieses so genannte „Fracking“, bei dem unter hohem Drucken Wasser, in der Regel mit einem Stützmittel (z.B. Quarzsand) und chemischen Zusätzen versehen, in einem kurzen Zeitraum durch das Bohrloch in die Erdgaslagerstätten im tiefen Untergrund gepumpt wird, ist hoch umstritten.

Bereits Anfang September haben Umweltbundesamt (UBA) und Bundesumweltministerium (BUM) eine mehrere hundert Seiten umfassende Studie zum Fracking vorgestellt. Beide empfehlen übereinstimmend strenge Auflagen aufgrund von „zahlreichen Wissenslücken“. Beispielsweise seien die Auswirkungen benutzter umwelttoxischer Stoffe auf das Grundwasser nicht untersucht. Weiter wird eine gesetzlich verankerte Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Bevölkerung sowie eine Änderung des Bergrechtes – eines Bundesgesetzes – gefordert.

Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag hat der Landtag diese Technologie heute für Schleswig-Holstein abgelehnt. Die Landesregierung wurde aufgefordert, keine Genehmigung für solche Förderanträge zu erteilen.

Für die CDU-Fraktion betonte Heiner Rickers, dass es zwischen Landesregierung und Opposition keinen Dissens gebe. „Mit den Stimmen der CDU-Landtagsfraktion wird es kein Fracking in Schleswig-Holstein geben“, so Rickers.

Er machte allerdings deutlich, dass für die Genehmigung der Aufsuchungserlaubnis das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld zuständig sei, und nicht die Landesregierung. Genauso ist die Landesregierung bei einer Umweltverträglichkeitsforderung der falsche Adressat. Im Gegensatz zum Verhalten von SPD, Grünen und SSW in der CCS-Debatte verzichte die CDU-Fraktion allerdings auf populistische Anträge mit Inhalten, die überhaupt nicht in der Zuständigkeit der Landesregierung lägen. „Eine solch klare Aussage hätte ich mir bei der CCS-Diskussion von der Opposition gewünscht. Doch damals haben wahlkampfaktische Überlegungen das politische Handeln bestimmt“, so Rickers.

Er warnte davor, Erwartungen zu wecken, die am Ende nicht erfüllt werden könnten, weil sie gar nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes liegen.

Den gemeinsamen Antrag finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0386.pdf>

---

### **Neues Tourismuskonzept nicht tragfähig** **Dachmarke für Schleswig-Holstein soll neu aufgelegt werden**



Hartmut Hamerich, MdL

Der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Hamerich, hat die von der Landesregierung geplante Wiederauflage einer Dachmarke „Schleswig-Holstein“ im Tourismus heute im Landtag scharf kritisiert:

„Wir müssen die schleswig-holsteinischen Tourismusbetriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen norddeutschen oder europäischen touristischen Zielen stärken. Das werden wir aber nicht schaffen, wenn die Dänenampel an die gescheiterte Dachmarkenstrategie von Rot-Grün zu Beginn des Jahrtausends anknüpfen will“, erklärte Hamerich.

Eine Dachmarke könne nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf den Tourismus allein beschränkt werde. Darüber hinaus benötige man für eine wirkungsvolle und Image prägende Dachmarkenstrategie viel Geld. Die große Koalition sei damals aus gutem Grund vom gescheiterten Themenmarketing auf ein Zielgruppenmarketing umgestiegen. „Wie die

Dänenampel dieses langfristig aufbringen will, bleibt angesichts der nach wie vor angespannten Haushaltslage schleierhaft“, so Hamerich.

Darüber hinaus mache die Dänenampel derzeit im Wochentakt mit Angriffen auf die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft auf sich aufmerksam. „Von den SPD-Kommunen werden abwechselnd Bettensteuern und von der Landesregierung Tourismusabgaben aller Art und eine Verschärfung der Bäderregelung gefordert“, so der Tourismusexperte.

Insgesamt werde in Schleswig-Holstein eine noch engere Abstimmung zwischen der Tourismus-Agentur und den regionalen Tourismusmarketingorganisationen benötigt, um Synergien zu erzielen und die Potentiale bei knapper werdenden Mitteln voll ausschöpfen zu können. „Da hat diese Landesregierung Nachholbedarf“, erklärte Hamerich.

---

### Bericht zum Schloss Gottorf

**In den Landesmuseen wurde viel erreicht – es gibt allerdings noch viel zu tun!**



Peter Soennichsen, MdL

In der heutigen Sitzung debattierte der Landtag über den Bericht des Stiftungsrates der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ für 2011. Der CDU-Abgeordnete Peter Sönnichsen würdigte in seiner Rede dazu die erheblichen Fortschritte der letzten Jahre. Allerdings gebe es noch viel zu tun.

„Die größte Herausforderung der kommenden Jahre ist die Überleitung des Freilichtmuseums Molfsee in das Gesamtkonzept“, stellte Sönnichsen heraus. Anzuerkennen seien die erheblichen Erfolge hinsichtlich der Kostenstrukturen. „Diese Erfolge wurden analog dem Landeshaushalt erzielt. Das erfordert Respekt“, so Sönnichsen.

Festzustellen bleibe weiterhin, dass es kaum finanzielle Verhandlungsspielräume und auch keine Liquiditätsreserve gebe. Gegenstand der Ausschussberatungen würden zukünftig vor allem die Entwicklung der Besucherzahlen, Fragen der Drittmittelwerbung und die Attraktivitätssteigerung sein.

Der Kulturpolitiker forderte Ministerin Spoorendonk auf, ihrer Ankündigung eines Gesamtkonzepts Taten folgen zu lassen. „Dieses Konzept darf nicht nur Einzelbereiche betrachten. Es muss ganzheitlich sein“ so Sönnichsen abschließend.

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)